Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2353

06. 12. 78

Sachgebiet 751

Antrag

der Fraktionen der SPD und FDP

Enquete-Kommission „Zukünftige Energie-Politik"

Der Bundestag wolle beschließen:

Zur Vorbereitung künftiger Entscheidungen des Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie wird eine Enquete-Kommission gemäß § 74 a der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt.

I. Die Kommission hat die Aufgabe, die zukünftigen Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten unter ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und Sicherheits-Gesichtspunkten national wie international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten.

In diesem Rahmen hat die Kommission insbesondere

1. Empfehlungen für Kriterien und Maßstäbe für die Akzeptanz der Kernenergie zu erarbeiten und unter dem Aspekt der langfristigen Sicherung des weltweiten Energiebedarfs Möglichkeiten und Risiken anderer Energieträger vergleichend einzubeziehen,

2. Möglichkeiten und Notwendigkeiten alternativer Brennstoffkreisläufe unter Einbeziehung der Zwischenergebnisse und der Ergebnisse der Internationalen Konferenz zur Bewertung der Brennstoffkreisläufe (INFCE) aufzuzeigen,

3. für die zukünftigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages über die Brutreaktortechnologie spätestens jedoch vor der möglichen Inbetriebnahme des SNR 300 Empfehlungen zu geben,

4. mögliche Auswirkungen der Kernenergienutzung auf das gesellschaftliche Leben darzustellen und Vorschläge zur Verhinderung von Fehlentwicklungen zu machen,

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

5. Möglichkeiten und Konsequenzen einer Option darzustellen und zu bewerten, die einen zukünftigen Verzicht auf Kernenergie vorsieht.

II. Die Kommission setzt sich aus sieben Abgeordneten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und sieben nicht dem Deutschen Bundestag oder der Bundesregierung angehörigen Sachverständigen zusammen.

Bonn, den 6. Dezember 1978

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion